

Rüdel, Günter

Aus dem Tagebuch eines kommunalen Bildungsplaners

Pädagogische Korrespondenz (1989) 6, S. 24-32



Quellenangabe/ Reference:

Rüdel, Günter: Aus dem Tagebuch eines kommunalen Bildungsplaners - In: *Pädagogische Korrespondenz* (1989) 6, S. 24-32 - URN: urn:nbn:de:0111-opus-54047 - DOI: 10.25656/01:5404

<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0111-opus-54047>

<https://doi.org/10.25656/01:5404>

in Kooperation mit / in cooperation with:



<https://pk.budrich-journals.de>

Nutzungsbedingungen

Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Die Nutzung stellt keine Übertragung des Eigentumsrechts an diesem Dokument dar und gilt vorbehaltlich der folgenden Einschränkungen: Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen. Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use

We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. Use of this document does not include any transfer of property rights and it is conditional to the following limitations: All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Kontakt / Contact:

peDOCS
DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation
Informationszentrum (IZ) Bildung
E-Mail: pedocs@dipf.de
Internet: www.pedocs.de

Digitalisiert

Essay

- 5 *Michael Tischer*
Veraltet die Halbbildung?
Überlegungen beim Versuch, die *Theorie der Halbbildung* zu aktualisieren

Dokumentation

- 22 *Zur Re-Produktion von Halbbildung: Aus einer Seminar-Arbeit*

Kältestudie I

- 24 *Günter Rüdell*
Aus dem Tagebuch eines kommunalen Bildungsplaners

Kältestudie II

- 33 *Andreas Gruschka*
Wie an schwache und mittelmäßige Schüler bei Klausuren gedacht wird

Aus dem Gestrüpp des Institutionalismus

- 41 schwänzen (ugs. für [die Schule u. a.] absichtlich versäumen)
oder: Schulversäumnisse im Hinblick auf Arrestvermeidung

Das aktuelle Thema

- 43 *Andreas Gruschka*
Was soll man mit der Geschichte anfangen?
Über die Instrumentalisierung der unvergleichlichen Barbarei

Der Reformvorschlag

- 62 *Rüpel*
Mützen ab zum Gebet

Aus den Medien

- 70 *Michael Parmentier*
Der Rückstoß der Kamera
oder: Hat die fotografische Tätigkeit eine bildende Wirkung?

Über exemplarische Neuerscheinungen

- 83 *Michael Meisel*
Ist autonome pädagogische Wissensproduktion möglich?
Zu Tenorths Angriff auf die Dogmatik der westeuropäischen
Erziehungswissenschaften

INHALT

Notiz aus der Fremde

90 *Rainer Kühn*

Mein Recht, Dein Recht

Marginalie zur versicherten Nachbarschaft

94 **Vermischtes**

95 **Mitteilung der Redaktion**

Günter Rüdell

Aus dem Tagebuch eines kommunalen Bildungsplaners

Mittwoch, 02.03.88

Heute bin ich in der Gemeinde X. Der Gemeindedirektor begrüßt mich und erklärt, die »Akzeptanz« der einzigen Sekundarschule in der Gemeinde, der Hauptschule, sei von 50% im letzten Jahr auf jetzt unter 30% gesunken. Bei rückläufiger »Geburtenrate« und damit rückläufigen »Schülerzahlen« habe man geglaubt, durch »Gesundbeten« der Hauptschule und durch schöne Werbeaktionen den »Elternwillen« beeinflussen zu können. Der Gemeindedirektor erklärt, man wisse nun nicht mehr weiter. Eine Gemeinde wie X müsse auf jeden Fall eine weiterführende Schule am Ort behalten.

»Das habe ich doch 1968 bei der Landschulreform erlebt: Verlieren die Gemeinden ihre Schulen, verlieren sie langfristig ihre Selbständigkeit und werden eingemeindet!«, so der später hinzugezogene Bürgermeister. Nach einer Stunde gibt es ein »interfraktionelles Gespräch«: Die Fraktionsvorsitzenden des Gemeinderates, von der CDU, der SPD, den Grünen und der FDP, finden sich ein. Allgemeiner Tenor: Wir müssen unbedingt die Schüler hier am Ort halten, *wie*, ist uns egal! Der CDU-Vorsitzende: »Wir als Partei stehen natürlich vor einem Zielkonflikt. Grundsätzlich sind wir für das dreigliedrige Schulsystem, aber, wenn es die Schülerzahlen nicht hergeben, müssen wir eben sehen, daß wir mit der Gesamtschule eine Schule vor Ort behalten. Da können dann alle Kinder aus unserer Gemeinde hingehen.« Der Vorsitzende der SPD: »Wir sind grundsätzlich für die Gesamtschule als alleinige Regelschule, aber wir sind hier in der Minderheit und sehen deshalb bisher keine realen Durchsetzungschancen am Ort.« Der Grüne, Lehrer in der schrumpfenden Hauptschule des Ortes: »Aber was wird aus den Lehrern hier am Ort, die jahrelang in der Hauptschule gute Arbeit geleistet haben?« Und der Vorsitzende der FDP: »Was kostet uns eine solche neue Gesamtschule im Gemeinde-Etat, und was verlieren wir, wenn wir demnächst keine Hauptschule mehr am Ort haben?« Ich nenne die Gründe für die mangelnde »Akzeptanz« der Hauptschule: gravierende Veränderungen im Beschäftigungssystem, Tauschwert der Abschlüsse der verschiedenen Schulformen etc., etc., etc. Zum Schluß ermahnt der Gemeindedirektor (Volljurist): »Herr Bürgermeister, meine Herren, denken Sie daran und sagen Sie es in Ihren Fraktionen: Die Vertreter haben einen Eid auf das Wohl der Gemeinde geschworen und nicht auf die bildungspolitischen Passagen der Parteiprogramme!« Der Vorsitzende der CDU-Mehrheitsfraktion: »Ich glaube, das wird schon klargen, wenn auch einige Aktivisten aus den letzten Jahren, die gegen die Gesamtschule Stellung genommen haben und die am Volksbegehren gegen die kooperative Schule mitgewirkt haben, »umgesungen« werden müssen!« »Nennen Sie die Gesamtschule, die Sie hier am Ort gründen, doch einfach Unionsschule!« rufe ich ihm zu, als er sich schnell verabschiedet, um zum nächsten Termin zu eilen. »Wenn das so einfach

wäre. Sie müssen nächste Woche in der Fraktion helfen, auch die anderen zu überzeugen.«

Montag, 06.03.88

19 Uhr: Fraktionssitzung der CDU im Gemeinderat von X. Mein Kollege (Soziologe) erläutert ganz nüchtern die Bilanz der letzten 10 Jahre. Rückgang der Schülerzahlen, die von den beiden Grundschulen der Gemeinde auf die Sekundarschulen übergegangen sind von im Mittel 190 Schülern pro Jahrgang auf nur noch 110 Schüler – ein Rückgang um 42%. Gleichzeitig hat sich der Anteil der Kinder, die die Hauptschule als die einzige Sekundarschule am Ort besuchen, von damals 63% auf gegenwärtig 33% verringert. Das heißt, es sind nur noch 40 Kinder in der jetzigen Klasse 5 der örtlichen Hauptschule. Alle übrigen Kinder der Gemeinde pendeln in die nächste größere Stadt mit zwei Gymnasien und zwei Realschulen. Für das kommende Schuljahr sind nur gerade noch 35 Kinder angemeldet worden, also weniger als 30%. Gleichzeitig steht das erst vor fünf Jahren mit 8 Millionen DM errichtete große Schulgebäude, das für vier Parallelklassen gebaut ist, bereits halb leer. Früher mußten zwei Drittel aller in der Gemeinde Geborenen, also 120 Kinder, am Ort »beschult« werden (mehr als heute überhaupt geboren werden). Die Hauptschule als einzige Schule am Ort wird zunehmend weniger nachgefragt; für die Zukunft prognostiziert der Kollege nur noch 25 bis 30 Kinder – damit wäre die Hauptschule einzügig, und sie könnte noch nicht einmal die Aufbauklasse 10B anbieten, die zur »Mittleren Reife« führt. Die Kinder müßten dann sogar in die Stadt fahren, um dort, für ein Jahr herausgerissen aus der bisherigen Schule, bei bisher unbekanntem Lehrern den »mittleren Abschluß« zu machen. Später erläutere ich die Gründe: Das Wahlverhalten der Eltern, das sich in der Regel an dem eigenen nächsthöheren Abschluß orientiert, die Veränderungen im Beschäftigungssystem, in dem die Eltern, ob als Selbständige oder als Arbeitnehmer, sich ständig weiterbilden müssen... Ich rede vom »Tauschwert« eines hohen Schulabschlusses, z.B. davon, was im öffentlichen Dienst ein Abitur gegenüber der »Mittleren Reife« fürs Lebens Einkommen wert ist. Durch Rundfrage stelle ich fest, daß auch innerhalb der Verwandtschaft und Bekanntschaft der CDU-Fraktionäre die Tendenz zur Ein-Kind-Familie zunimmt, und sie stimmen mir zu, daß die eigenen Kinder mancher Ratsmitglieder häufig nicht befriedigte Erwartungen des eigenen Lebens auf die Kinder, also die Enkel der Ratsherren, projiziert haben. Ich frage die Mittelständler nach ihrer Einstellungspraxis (Antwort: »Lieber 10B-Abschluß oder Realschule, wo wenigstens noch die Komma-Fehler als ganze Fehler gezählt werden!«), und ich überführe sie, wenn sie von der Vernachlässigung der Hauptschule durch die SPD-Regierungen reden, und ich nehme die nahezu gleich niedrigen Übergangsquoten vergleichbarer Regionen in CDU-regierten Bundesländern zur Hand und massiere in einem geradezu therapeutischen Prozeß das Realitätsprinzip ein. Und dann wagen sich die ersten Mitglieder der Unionsfraktion hervor, und sie erzählen von den Kindern aus dem Dorf, die in der Stadt vom Gymnasium »geflogen« sind, auch von der Realschule, und die sich aus Scham nicht trauen, auf die dörfliche Hauptschule zurückzukehren und dann in der Kreistadt weiter die Hauptschule besuchen, damit es »im Dorf« nicht auffällt. Und jetzt wird es

lebendig, als der ruhige und sachliche Fraktionsvorsitzende fragt, wer von den Anwesenden oder wer von deren Verwandtschaft sein Kind oder das Enkelkind hier in X auf die Hauptschule schicken würde oder geschickt hat. Ergebnis: *Niemand*. Der Fraktionsvorsitzende: »Die Hauptschule kann nur dadurch gestärkt werden, daß man seine Kinder dahinschickt! Da wir dies aber selber nicht tun, sagen die Leute, ›Die da, die schöne Prospekte drucken, haben ihre Kinder selbst nicht auf der Hauptschule, jedes Gerede um die Hauptschule löst doch die Pharisäereffekte bei den Eltern aus‹. Ich habe ein neues Schlagwort: *Pharisäereffekte*. Es kommen dann die Argumente der Handreichungen der KPV (Kommunalpolitische Vereinigung der CDU) zu den kleinen Schulen in Baden-Württemberg, wo die Hauptschule mit acht Schülern pro Jahrgang erhalten wird. Ich erkläre, daß die Bildungspolitiker in Süddeutschland sich um die schlichte Wahrheit herumdrücken, und zitiere den ehemaligen niedersächsischen Kultusminister Remmers: »Wenn eines Tages alle ein Abitur haben, hat keiner mehr ein Abitur!« Und dann sage ich, daß die Höhere Schule die niedere Schule, die Hauptschule, braucht, und wenn es die niedere Schule nicht mehr gäbe, dann könnte sich das Gymnasium auch nicht mehr als die höhere Schule darstellen: Das Höhere braucht das Niedere, um sich als das Höhere auszugeben. Wenn es (eines Tages) die Hauptschule nicht mehr gäbe, würde das ganze Ideologiegebäude in sich zusammenstürzen und es würde sichtbar, daß das deutsche »höhere« Gymnasium die Hauptschule von oben oder die Gesamtschule von oben ist. Und dies sei der wesentliche Grund, warum die kleine schnuckelige Hauptschule erhalten werden solle: damit der Lug und Trug einer Bildungspolitik, die inzwischen in allen Parteien Interessenpolitik von Lehrern für Lehrer geworden sei, nicht gänzlich offenbar würde. Ende der Fraktionssitzung.

Es ist 21.30 Uhr.

Anschließend noch ein Bier in der heimeligen Kneipe. Ich mag diese ehrlichen boden- und mittelständigen Leute aus der Union – weil sie geradeheraus und offen sind; und dankbar, wenn man ihnen reinen Wein einschänkt und ihnen sagt: »*Ihr* habt mit der Hauptschule keine Chance!« Ich erinnere die Älteren an die konfessionellen Schulkriege um katholische Schule oder christliche Gemeinschaftsschule aus den fünfziger Jahren. – Kriege sind nicht mehr zu gewinnen, auch die Schul(friedens-)kriege nicht! Und dann werden die ersten Planspiele gemacht: Wen kann man aus dem in der Stadt gelegenen Gymnasium die Schulleiterstelle anbieten? Wer ist als Gymnasiallehrer im Ort ansässig und auch bei der Eltern- und Schülerschaft so beliebt, daß er als »Magnet« für die zukünftige Gesamtschule fungieren könnte? Auf der Fahrt nach Hause gegen zwei Uhr nachts sind der Kollege und ich uns sicher: *X macht Gesamtschule*.

Dienstag, 07.03.88

19.00 Uhr: Fraktionssitzung der SPD im Gemeinderat. Noch ist die Euphorie vom gestrigen Abend da! Die SPD, hier im Ort eine Außenseitergruppe, in der Opposition zerschissen. Einige erinnern sich an die Wunden der Ko-Op-Kampagne, mit der die dreigliedrige Gesamtschule gekippt wurde durch die Mobilisierung gegen die SPD-Bildungspolitik. Nun müssen sie mit ansehen, wie die Mehrheitsfraktion, die in den letzten Jahren noch nicht einmal die Befragung zur Feststellung eines

Bedarfes für eine Gesamtschule in der Region zugelassen hat, durch schlichte politische Setzung die Gesamtschule einführt.

Sie können es nicht fassen; die Konservativen führen vor, wie sie die Bildungsreform machen würden, wenn sie die Verhältnisse dazu zwingen. Im Düsseldorfer Landtag würden sie durch eine politische Setzung die Gesamtschule als alleinige (ersetzende) Regelschule einführen, wenn sie die Mehrheit hätten! Und vorher hätten sie ihre eigene Wählerklientel davon überzeugt und die Legitimation dafür schon beschafft. Meine Euphorie vom gestrigen Abend schwindet im Angesicht des »Klein-Klein« bei den Genossen: Kann das eine richtige Gesamtschule werden, wenn die CDU sie macht? Wie kann man auf die Auswahl der Lehrer einwirken? Empörung schwingt mit über die Unverfrorenheit, mit der die Union eine Kehrtwendung vollzieht. – Ich arbeite die Leiden einer Daueropposition ab. Ich verhindere, daß einige jetzt nachsetzen und draufschlagen wollen, sich rächen wollen für die Schmähungen der letzten Jahre als »linke Bildungsideologen« und für die vielen, vielen Verletzungen, über die sie anekdotisch berichten. Sie sollen sich den Triumph aufsparen und ihn moderat herauslassen! Ich erinnere sie, daß der Fortschritt eine Schnecke sei, und doch eben nicht aufzuhalten. Jahrelang haben sich einige als SPD-Mitglied und als GEW-Mitglied – oft die ersten (so organisierten) am Gymnasium oder der Realschule – als Kommunist beschimpfen lassen müssen, haben die Rolle des linken fortschrittlichen Außenseiters in der schwarzen Provinz mit dem Verzicht auf Beförderungen und der Stigmatisierung in der örtlichen Presse bezahlt. Man hat auf den Parteitag die Resolutionen für die Ersetzung des dreigliedrigen Schulwesens verfaßt und verabschiedet, und nun steht die Gesamtschule nicht mehr als Phantom in den Anträgen, sondern im Dorf! Hinterher, beim Bier fragt der Realschullehrer, ob er wohl jetzt an die Gesamtschule müsse; er habe einen guten Personalratsjob mit halber Freistellung – und wie er das politisch vor Ort behandeln solle. Eine Ratsfrau erkundigt sich, wie sie bereits im Gründungsjahrgang an die Gesamtschule kommen könnte. Einige Eltern und Mütter unter den Mitgliedern des Rates wollen eine Elterninitiative gründen: Vertrauensarbeit der SPD. Sie werden sich einklinken, um aus der Unionsgesamtschule eine »richtige« Schule zu machen. Das Kleingehackte des heutigen Abends ist nicht erfreulich, zumal auch die Argumente im sachlichen Teil ähnlich wie bei der CDU eingebracht wurden, so die These von der Vernachlässigung der Hauptschule... die »idola fori« als Verschwörungstheorie. 24 Uhr, ich bin erschöpfter als gestern.

Mittwoch, 08.03.88

19.00 Uhr, FDP-Fraktion und ein paar Parteimitglieder in einem Privathaus. Je kleiner eine Fraktion, um so länger die Diskussion. Es wird knapp, da ich um 21.00 Uhr bei den Grünen sein wollte. Bedenken wegen der Kosten; das ist immer so bei den »Gelben« auf dem Land, sie sind die kommunalen Financer der Nation. Ansonsten die Idola Fori wie bei den anderen. Der Inhaber des Supermarktes erzählt, was er in der Ladenkasse hat, seit immer mehr Kinder in die Stadt fahren und die Fahrgemeinschaften der Hausfrauen gleich aus dem Groß-Supermarkt an der Ausfallstraße der Kreisstadt für die Nachbarn in der Neubausiedlung die Ware mitbringen. Und er erzählt, daß er an den schulfreien Samstagen 10.000 DM weniger

Umsatz macht als an den Schulsamstagen. Schule als Mittelstandsförderung? – 21.30 Uhr. Fraktion »Die Grünen«; ein alternativer Bauer und die seit ein paar Jahren zugezogenen ehemaligen SPD/FDP-Akademiker und die paar ortsansässigen Künstler und arbeitslosen Schauspieler und die Söhne und Töchter der CDU-RatsherrInnen. »Mein Vater hat mir berichtet, der bildungspolitische Sprecher der Union aus dem Landtag sei gestern in einer Sondersitzung der Fraktion, als er die Fraktion überzeugen wollte, weiterhin auf die einzügige Hauptschule zu setzen, schlicht ausgelacht worden.« Es gibt erlesenen Wein und ein exzellentes Abendessen, wie häufig schon in den Sitzungen der Grünen erlebt... Daneben die immer wieder gestellte Frage, warum dieses »Windhundverfahren«, das zur endgültigen Gefährdung der Hauptschulen in den Nachbargemeinden führen würde, warum denn die kleine Gesamtschule bis zur Klasse 10 nicht für alle umliegenden Gemeinden und die gemeinsame Kollegstufe für alle in der Kreisstadt... Ich bestärke sie in der Erinnerung an die Realutopie der Bildungsreform... Ich bin heute ein bißchen versöhnt während der Heimfahrt.

Donnerstag, 17.03.88

Lehrerkonferenz in der Hauptschule X. Anwesend sind der örtliche Gemeindevorstand, der Schulamtsdirektor des Kreises Y, zugleich Dienstvorgesetzter der Lehrer an der Hauptschule, der Schulleiter, sein Stellvertreter und 23 Lehrerinnen und Lehrer.

Die Rede ist von den drohenden »Zwangsversetzungen«, da der Schule insgesamt demnächst nur noch 12 Planstellen zustehen würden, 22 Planstellen allerdings vorhanden seien. Es werde vor allem die Ledigen treffen. In der Pause dann ein privates Gespräch mit einigen Lehrerinnen und Lehrern bei einer Zigarette: »Für einige wird es heißen ›ab ins Ruhrgebiet‹, in die ›Kanakenklassen‹. Von einigen Kollegen habe ich schon gehört, da gibt es in der Stadt G. noch 5 Hauptschulen und in jeder Klasse mit 20 Schülern sitzen höchstens noch drei, vier Deutsche, der Rest sind Marokkaner, Asylanten und Algerier; die Türken besuchen schon die Realschulen und demnächst wohl auch die Gymnasien, denn in der Stadt G. hat sich schon ein Gymnasium bereit erklärt, Türkisch als Unterrichtssprache zu führen, wenn es die entsprechenden Lehrer bekommt!« Der Schulamtsdirektor: »Na ja, es werden nicht alle 10 Kolleginnen und Kollegen auf einmal versetzt, sondern es wird jedes Jahr einige treffen!« Der Kollege: »Jedes Jahr die Zitterpartie!« Hinterher erklärt mir der Schulamtsdirektor im privaten Gespräch: »Wissen Sie, es ist viel leichter, den verheirateten Kollegen mit Kindern ins Ruhrgebiet zu versetzen, der nimmt möglicherweise seinen Hausstand mit, aber die Ledigen, vor allem die Frauen mit ihren Verhältnissen ›um die Ecke‹, bei denen bricht ihr kleines karges Beziehungskistensystem, das sie sich in so einem Dorf aufgebaut haben, völlig zusammen, aber auch die ledigen Männer, die fallen ins Bodenlose. Der Verheiratete, der verkloppt hier sein Häuschen mit 100.000 DM Gewinn und zieht in eine feine städtische Altbauregion, wo er sich schnell wieder ein soziales Netz aufbaut, in den umliegenden Kneipen, bei den Theaterbesuchen, aber bei den Ledigen, wissen Sie, das hatte ich nicht vermutet, aber ich habe es jetzt nach Jahren der Zwangsversetzungen in jedem Schuljahr herausbekommen, die fallen ohne soziales Netz ins

Leere. « Bei der Fortsetzung der Konferenz geht es um die 10 »k.w.-Stellen« (k.w.: künftig wegfallend), um die »Versorgung der Schulen mit Lehrern«, insbesondere um den »fächerspezifischen Bedarf«. Es geht um den Lehrerberuf bei einer neu zu gründenden Gesamtschule, dann könnten alle Lehrer hier am Ort verbleiben, mindestens theoretisch, sie könnten in der Gesamtschule tätig werden, es würden Realschullehrer und Gymnasiallehrer hinzugenommen werden. Weiterhin geht es um den Stellenkegel, darum, ob auch Beförderungsstellen mit Lehrern aus Grund- und Hauptschulen oder mit dem Lehramt Sekundarstufe I an der Gesamtschule besetzt werden, ob auch eine gymnasiale Oberstufe eingerichtet werden kann, kurzum: Es geht um die Quantitäten und um die persönlichen Probleme des Lehrerkollegiums der Hauptschule. Schließlich geht es auch um die Frage, ob der Schulleiter der Hauptschule auch Schulleiter der Gesamtschule werden kann. Die Antwort des Kreisschulamtsdirektors und des Gemeindedirektors klingt nach Radio Eriwan: »Im Prinzip ja, ...«

Dienstag, 10.05.88

Elternversammlungen in den beiden Grundschulen des Ortes. In der katholischen Grundschule sind 40% evangelische Schüler, weil dort keine mohammedanisch gläubigen Türken, Marokkaner, Libanesen und sonstige Asylanten, die im Dorf vereinzelt Fuß gefaßt haben, vorhanden sind. Es geht um die Gesamtschule am Ort. Die Elternvertreter: »Grundsätzlich sind wir ja für das Gymnasium, aber wenn auch hier ein Abitur vor Ort erreicht werden kann, warum sollte man dann nicht für eine Gesamtschule sein.« Es interessiert der Tauschwert der Abschlüsse, das Offenhalten der Abschlußmöglichkeiten, die Verwertbarkeit des Abiturs auch für eine Lehrstelle, die Vergleiche des Abiturs an einer Gesamtschule mit dem Abitur an einem Gymnasium, die Frage, was wohl der Hauptschulabschluß der Gesamtschule und der Realschulabschluß der Gesamtschule bei der Industrie und im Handwerk und bei den Kaufleuten wert sei... Die Eltern interessiert die Utilität des Privilegs. Das Ergebnis: einstimmiger Beschluß der Elternversammlung bei 3 Enthaltungen (die Stimmen der Enthaltungen sind 2 Lehrerinnen an einer Realschule in der benachbarten Kreisstadt und ein Studiendirektor an einem Gymnasium in der benachbarten Kreisstadt).

Danach sitzt man mit der Schulkonferenz, das sind gewählte Eltern und Lehrer der katholischen Grundschule, zusammen. In den Gesprächen kommt plötzlich das Problem der Schüler auf. Eine Mutter: »Was haben die Direktoren der beiden Gymnasien in der Stadt D. uns das Gymnasium schmackhaft gemacht. Die waren hier im Dorf, und als eine Mutter gesagt hat, »Mein Sohn ist ein halber Legastheniker«, da hat doch der Direktor des einen Gymnasiums gesagt: »Ach, versuchen Sie es doch einmal bei uns!« Dann haben sie meine älteste Tochter, die dorthin geht, obwohl ich eigentlich eher für die Realschule war, zwei Jahre in der Erprobungsstufe unter eine Käseglocke gestellt, und dann plötzlich im siebten und achten Schuljahr haben sie uns heiß gemacht. Jetzt haben sie uns alle hinbestellt und haben gefordert, daß wir Mütter jeden Nachmittag mit den Kindern Hausaufgaben machen müßten, sonst würden sie die achte oder die neunte Klasse nicht überleben, und sie würden mit dem Hauptschulabschluß abgehen müssen! Ob die hier auch mit der neu

gegründeten Gesamtschule, das, was eigentlich doch die Idee der Gesamtschule ist – und da hab' ich schon einiges gelesen –, auch klarkommen werden, welche Lehrer schicken die denn uns? Die, die unsere Hauptschule in den Sand gesetzt haben, und die Lehrer, die das Gymnasium und die Realschule nicht mehr will?« Der Gemeindedirektor beruhigt. Er hat sich in einer Nachbargemeinde erkundigt. Für die ersten zwölf Planstellen der neugegründeten Gesamtschule haben sich aus dem Kreisgebiet über 100 Lehrer beworben. »Das wird ein Kollegium, das wir sehr sorgfältig zusammenstellen!«

In der Gemeinschaftsgrundschule eine ganz andere Situation: Sie hat einen Anteil von 20 bis 25% ausländischer Kinder. Es gibt Eltern, die ausländischen Eltern das, was dort vor ihnen abläuft, flüsternd übersetzen. Ich merke an den Mienen, daß es ihnen unverständlich bleibt. Die übrigen Eltern stimmen ohne Diskussion nach zwei kurzen Beiträgen der Beschlußvorlage der Gemeindeverwaltung zu. Allerdings gibt es auch hier wieder einige Enthaltungen: 2 Gymnasiallehrerinnen, Mütter von Grundschulkindern, enthalten sich der Stimme. Ansonsten ist in der Gemeinschaftsgrundschule die schweigende Mehrheit versammelt. War nicht schon die Grundschule eigentlich eine Gesamtschule? Die Schulart, dort katholische Grundschule, hier Gemeinschaftsgrundschule, wirkt als sozialer Regler. Man sieht es sehr deutlich, in der katholischen Grundschule versammelt sich das höhere soziale Niveau, sie ist die »höhere« Grundschule, die Gemeinschaftsgrundschule ist die »niedere« Schule: Man kann es auch an den Übergangsquoten sehen; die Übergangsquote in die örtliche Hauptschule beträgt an der Gemeinschaftsgrundschule noch über 40%, während sie an der katholischen Grundschule auf 25% zusammengeschrumpft ist. Die Grundschulen liegen 250 Meter auseinander.



Mittwoch, 22.06.88

Der große Tag der Entscheidung: die Sitzung des Rates der Gemeinde X. Was die Mittelständler und Honoratioren in der CDU und auch in der FDP interessiert:

Kaufkraftverlust, wenn alle Schüler wegbleiben. Ein Bäcker erzählt, daß er beim Schultag – also jeden zweiten Samstag – im Kreisgymnasium 50% weniger Umsatz, also 50% weniger Brötchen und Torten und Brote verkauft. In die Kreisstadt werden die Kinder dann nämlich von den Eltern mit dem privaten PKW gebracht. Man kauft dort in den Supermärkten ein, während man am schulfreien Samstag im Dorf bleibt und beim Bäcker und beim Metzger und beim Kaufmann etc. kauft. Die SPD-Vertreter interessiert die Zentralörtlichkeit der Gemeinde, sie wittern Morgenluft und fühlen sich bestätigt mit ihrer jahrelangen Kritik an dem wenig attraktiven Schulangebot. Der Fraktionsvorsitzende hatte sie ermahnt, nur keine Häme bei der Ratssitzung zu verbreiten. Die Grünen interessiert die zentrale Funktion der Schule in der Gemeinde, ob man entsprechende Lehrer findet, die sich im Gemeindeleben, in der Sozialkultur engagieren; die FDP interessiert das Gemeindefinanzierungsgesetz – was kommt in den Etat der Gemeinde hinein, wenn man mehr Schüler am Ort hat. Der Kämmerer hat es schon im Haupt- und Finanzausschuß erzählt: 1,5 bis 2 Millionen!

Der Gemeindedirektor redet von Ausstattung, Raumbedarf, Baukosten, den zu erwartenden Zuschüssen für Schulbauten aus dem Landeshaushalt. Der Ratssaal ist voll mit Bürgern und der Presse.

Nach einer Stunde und fünfunddreißig Minuten schreibt der Protokollführer der Verwaltung den Beschluß mit: Der Rat der Gemeinde X beschließt die Errichtung einer Gesamtschule mit angeschlossener gymnasialer Oberstufe. Die Schule wird jahrgangswise aufgebaut. Gleichzeitig beschließt der Rat den jahrgangswisen Abbau der Hauptschule. Die Verwaltung wird beauftragt, beim Kultusminister die Genehmigung für den Schuljahresbeginn 1989 zu beantragen, die Stellen für die Schulleitung und die Lehrer auszuschreiben etc. Nach der Ratssitzung gibt es Sekt bei der Elterninitiative...

Mittwoch, 19.10.88

Bürgerinformation der Gemeinde: Der vom Rat gewählte Schulleiter der Gesamtschule, der ab 01.08.1989 die Gesamtschule leitet – zuvor Oberstudienrat an einem benachbarten Gymnasium – erzählt begeistert von der Idee einer gemeinsamen Schule für alle Kinder. Es klingt, als ob der Schulleiter die alten Texte des Deutschen Bildungsrates auswendig gelernt hätte. Die Eltern aus der Gemeinschaftsgrundschule hören es skeptisch, die Eltern aus dem liberalen Bürgertum lassen sich anmuten, einige haben sich allerdings trotzdem für das Gymnasium in der benachbarten Kreisstadt entschieden. Jetzt stehen sie unter Gruppendruck, weil sie es wagen, die örtliche Schule nicht anzunehmen. Jetzt endlich kann man die Leute identifizieren, die sich doch für etwas Besseres halten. Mir fällt das Lied »Spiel nicht mit den Schmutzkindern« ein.

Neben mir sitzt der ebenfalls gewählte stellvertretende Schulleiter, bis jetzt Abteilungsleiter an einer städtischen Gesamtschule. Er, ein zynisch Gewordener, flüstert mir zu: »Ach, wissen Sie, wenn der Herr Kollege wüßte...« Ich frage: »Was meinen Sie?« Er antwortet: »Die Gesamtschule ist eine Schule wie jede andere!« Ich denke: Das ist wohl der Grund, warum sie jetzt auch überall im ländlichen Raum als Unionsschule entsteht!

Donnerstag, 20.10.88

Ich grübele den ganzen Tag... Was mache ich da eigentlich als therapeutischer Sozialtechnokrat? – Ich stelle mir vor, die Gesamtschule wäre überall eingeführt, mit gymnasialer Oberstufe. Was das Gymnasium der fünfziger Jahre ganz ungeniert tat, mit 50 Schülern in der Sexta anzufangen und bis im Abitur noch 13 Schüler zu haben, dies macht die Gesamtschule nun ganz problemlos in einem feingesponnenen Netz von Wahlpflichtbereichen und Niveaudifferenzierungen. Nach der 10. Klasse schickt sie zwei von drei Kindern weg, in die beruflichen Schulen, und die Elite bereitet sie auf ein Hochschulstudium oder andere höhere Statuspositionen vor. Wenn die Konservativen ein bißchen praktische Systemrationalität hätten, würden sie ganz schnell kapieren, was sie sich mit der flächendeckenden Einführung der Gesamtschule als einziger Regelschule da entgehen lassen! Ich denke an die drei Klassen à 50 Schüler, an die insgesamt 150 aus meinem Jahrgang, an die 40 Schüler, die das Abitur erreichten, an die restlichen 110 Schüler, die auf der Strecke blieben... Welch ein Fortschritt in der neugegründeten Gesamtschule mit fünf Klassen à 30 Schüler, zusammen auch 150: Jetzt werden es auch wieder 40 sein, die in der Klasse 13 ins Abitur geführt werden! Fürwahr, Welch ein Fortschritt! Ich beginne zu begreifen, warum die französischen Linksparteien sich gegen die Einführung einer einheitlichen Mittelstufe zur Wehr gesetzt haben: weil sie mit der Integration der Schulen die Vernichtung ihrer eigenen Klientel, zugunsten von mehr Anpassung an das System, befürchteten. »Was habt ihr Unterprivilegierten nicht für tolle Bildungschancen!« Wie herrlich problemlos ließe sich in der selektiven Einheitsschule die Passung von Bildungs- und Beschäftigungssystem erreichen. Die Zahl der in drei Jahren zur Verfügung stehenden Studienplätze wird in der Dienstbesprechung mit der Schulaufsicht geregelt, und danach werden die Quoten für den Besuch der gymnasialen Oberstufe für jede einzelne Schule festgelegt... Was mache ich da bloß?